

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. A. Schlegel, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Meißel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Machfeld für den politischen
Theil, A. Boer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
J. A. Klose, Saatenstein & Pöglers A. G.,
G. J. Paube & Co., Invalidenth. A. G.
Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 837

Dienstag, 29. November.

1892

Politische Hebersicht.

Posen, 29. November.

Bei dem Empfang des Präsidiums des Reichstags am vergangenen Sonntag befragte der Kaiser, wie schon in Kürze gemeldet, den Vizepräsidenten Dr. Baumbach über den Stand der Cholera in Danzig und knüpfte an die von diesem gegebene befriedigende Auskunft den Hinweis auf die baldige Verlegung eines Reichsseuchengesetzes. Der Kaiser soll bei diesem Anlasse auch bedauert haben, daß „die ersten Cholerafälle in Hamburg seitens der dortigen Behörden verheimlicht worden seien.“ Bis auf Weiteres müssen wir bezweifeln, daß der Kaiser in dieser Form eine so schwere Anklage gegen die Hamburger Behörden erhoben haben sollte. Bezüglich der Reichstagsarbeiten beschränkte sich der Kaiser, wie berichtet wird, auf den Wunsch eines guten Fortganges derselben. An interessantem Stoff fehle es ja nicht. Daß die Militärvorlage mit keiner Silbe berührt wurde, erscheint nicht ohne Bedeutung.

Die „Post“ versucht, aus der Stichwahl in Arnswalde-Friedeberg Kapital gegen die geheime Abstimmung zu schlagen, indem sie behauptet, bei der öffentlichen Stimmabgabe wäre der Sieg Drowes sicher, weil eine große Zahl Wähler sich schämen würde, öffentlich für Althwardt einzutreten. Um den Preis der geheimen Abstimmung möchten wir die Niederlage Althwardts nicht erkaufen. Ist die Wählerschaft in ihrer Mehrheit antisemitisch, so ist es besser, daß sie das durch die Wahl eingestekt, als daß sie aus äußerlichen Rücksichten ihrer Ueberzeugung Gewalt anthut. Die öffentliche Abstimmung könnte die Wahl, die doch der Ausdruck der wirklichen öffentlichen Meinung sein soll, nur fälschen.

Von dem Abg. Dr. Hirsch in Verbindung mit Mitgliedern fast aller Parteien ist dem Reichstage, wie schon mitgeteilt, der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, welches die in dem neuen Kranken-Versicherungsgesetz für die Umänderung der Statuten der freien Hilfskassen bestimmte, am 1. Januar 1893 ablaufende Frist bis zum 1. Juli verlängert. Die Zustimmung der Reichsregierung ist gesichert. Das Gesetz findet auf diejenigen freien Hilfskassen Anwendung, die dem Gesetz vom 16. Juni 1883 unterstellt sind und vor dem 1. Januar 1893 die nach dem neuen Gesetz erforderliche Abänderung der Statuten beschlossen und den Antrag auf fernere Zulassung auf Grund des § 75 desselben eingereicht haben. Der Gesetzentwurf soll der Unmöglichkeit, die Unterwerfung einer Anzahl von freien Hilfskassen unter die schärferen Bestimmungen des neuen Gesetzes bis zum 1. Januar n. J. zum formellen Abschluß zu bringen, Rechnung tragen. Eine materielle Abänderung der Bestimmungen über die freien Hilfskassen ist nicht beabsichtigt.

Aus der neuesten Krise sind noch einige für die politischen Verhältnisse Oesterreichs ungemünzte charakteristische Momente hervorzuheben. Erstens: Graf Taaffe gab seine so bedeutsamen Erklärungen am Mittwoch ab, ohne seine sogenannten Minister-„Kollegen“ vorher davon zu verständigen. Der beste Beweis dafür ist die Thatsache, daß keiner der Minister im Parlamentssaale anwesend war, als Taaffe sprach. Die Minister-Kollegen sind eben thatsächlich Minister-Kommis des Ministerpräsidenten. Der Chef thut und spricht, was er will, wann er will, wie er will; die „Kollegen“ können dabei sein oder nicht, sie haben nur die Verpflichtung, die Erklärungen des Chefs am folgenden Morgen in den Zeitungen nachzulesen und sich darnach „ihre Meinung“ zu bilden, die natürlich mit seiner Meinung vollständig übereinstimmen muß. Das wenigstens in Fragen der allgemeinen Politik; in ihren Spezialressorts, von denen Graf Taaffe nichts versteht, vor ihren Geheimräthen mögen ja die Herren Kollegen sich ihres Stückchens von Einfluß erfreuen. Zweitens: Einer der Kollegen, die dem Grafen Taaffe am wenigsten dreinzureden haben, ist — Gott sei geklagt — der deutschliberale Parteiminister, Graf Kuenburg. Denn er hat kein Ressort und keine Geheimräthe. Er läuft im Ministerium herum wie ein überflüssiger Bolondär in einer Kolonialwaarenhandlung, den man aus gewissen persönlichen Rücksichten gegen einen stillen Gesellschafter des Geschäfts nicht weggeschicken kann, den man aber auch nicht ins Geschäft gucken lassen will. Auch Graf Kuenburg hatte am Mittwoch keine Ahnung von dem, was bevorstand. Er erging sich in den Couloirs, während Prinz Schwarzenberg die Mine legte und Graf Taaffe die Lunte drehte, mit der man die ganze Herrlichkeit der deutschliberalen Mitregierung und der Kuenburgschen Ministerchaft in die Luft sprengen kann. Und drittens: Jene Taaffe'sche Rede mag der Form nach eine Improvisation gewesen sein. Aber inhaltlich beruhte sie auf bestimmten Vereinbarungen, die Graf Taaffe vorher — nicht mit Herrn v. Plener, nicht

mit dem Herrn Grafen Kuenburg, sondern mit deren tödtlichem Gegner, dem Grafen Hohenwart, abgemacht hatte. Man hat so oft dem Grafen Taaffe seine Treulosigkeit vorgeworfen. Man hat ihm Unrecht gethan. Einem Manne, einem Programm ist er in allen Wandlungen treu geblieben: der Mann heißt Graf Hohenwart, das Programm konservativ. Hohenwart ist der Führer des kleinen, nur mühsam zusammengehaltenen konservativen Klubs. Auf dessen Stimmzahl könnte Graf Taaffe so leicht verzichten, wenn ihm die, quantitativ sicherlich, so bedeutende deutschliberale Partei Gefolgschaft leistet. Und wie haben ihn die Deutschliberalen gebeten, daß er jenen Mann und jenen Klub fahren lasse, wie hätten sie ihn auf den Händen getragen, wenn er ihnen dieses eine, politisch so geringfügige Opfer gebracht hätte! Aber er hat es nicht gethan, weil es ihm ein persönliches Opfer gewesen wäre. Graf Taaffe liebt es, meint die „Frl. Btg.“, in der Politik den geistreichen Skeptiker zu spielen, der mit Parteien und Programmen nur tändelt, sich aber mit keiner dauernd verbindet. Jetzt ist man ihm doch auf sein „festes Verhältniß“ gekommen. Die Beziehungen Taaffe's zu Hohenwart und den Konservativen sind kein „Kirt“, sondern eine „Alliance“. Auch das hat die neueste Krise bewiesen.

Kardinal Lavigerie, dessen Tod am Sonnabend gemeldet wurde, war eine der hervorragendsten Erscheinungen unter den modernen Vertretern des römischen Klerus. Große Bewegungen, die sich erhabene Ziele gesteckt hatten, überraschende Wandlungen der päpstlichen Politik trugen seinen Namen, und es war kein Wunder, wenn man ihn allgemein als den Nachfolger Leo XIII. auf dem heiligen Stuhle bezeichnete. Lavigerie war am 31. Oktober 1825 zu Bayonne geboren; nach beendeter Erziehung widmete er sich mit ganzem Eifer der katholischen Theologie. 1863 wurde er zum Bischof von Nancy, 1867 zum Erzbischof von Algier ernannt. Nach der Befreiung von Tunis durch die Franzosen erhielt er den Titel Bischof von Karthago und nahm die Organisation der katholischen Kirche in Tunis in seine Hand. In dieser Stellung gelangte sein Plan gegen die Sklaverei in Afrika zur Reife, und durch eine zielbewußte und geschickte Agitation wußte er die zivilisierte Welt dafür einzunehmen. Die nöthigen Geldmittel flossen ihm so reichlich zu, daß sein Ausspruch: „Ich habe nur 15 000 Franken Einkommen und gebe jährlich 1 200 000 Franken aus, ohne Schulden zu machen“ keine Phrasen war. Daß er als „Befreier Afrikas“ von der Sklaverei ein gut Theil französischer Interessen vertrat, wußte er anfangs geschickt zu verbergen, später entfremdete ihm diese Thatsache eine Reihe der eifrigsten Anhänger. Sein Patriotismus, der in Tunis bereits zu wiederholten Malen sich glänzend betätigt hatte, suchte fortwährend nach Mittel, das nieder-geschlagene Vaterland wieder aufzurichten, und er fand das anscheinend unnatürlichste und wußte es in seinen Dienst zu stellen, die Versöhnung nämlich und die Verbindung Frankreichs mit dem päpstlichen Stuhle. Bei einem Festmahle, das er französischen Offizieren in Tunis gab, brachte Lavigerie ein Hoch auf die Republik aus und ließ die Marseillaise spielen. Das war das erste Signal des Umschwungs in der päpstlichen Politik Frankreich gegenüber. Heute ist diese Wandlung vollzogen und im Bewußtsein, damit das Rechte gethan zu haben, ist der Kardinal gestorben.

Deutschland.

□ Berlin, 28. Nov. [Reichsseuchengesetz. Konservativ-klerikale Anträge.] Der Kaiser hat beim Empfang des Reichstagspräsidiums die „Erwartung“ ausgedrückt, daß das Reichsseuchengesetz bald vorgelegt werden könne. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat das Präsidium bei diesen Worten den Eindruck gehabt, als ob die Schwierigkeiten, die der Vorlegung des genannten Gesetzes entgegenstanden, nicht ausschließlich in der Materie selber ihren Grund haben, daß vielmehr zugleich gewisse Bedenken von Bundesstaaten zu überwinden seien. Die Thronrede hatte bekanntlich das Reichsseuchengesetz nicht erwähnt. Da die Vorarbeiten zu einem solchen Gesetze längst im Gange sind und in bewährten Händen liegen, so würde es immerhin angemessen gewesen sein, den betreffenden Gesetzentwurf anzukündigen, wofür nur die verbündeten Regierungen bereits einige darüber gewesen wären, ein Reichsseuchengesetz zu machen. Dies scheint aber bis jetzt nicht der Fall zu sein. Die Erklärung des Kaisers ist vielleicht geeignet, die Angelegenheit über manche Fährnisse hinwegzubringen. — So lange es eine feste konservativ-klerikale Mehrheit im Reichstage gab, waren die Anträge auf Beschränkung der Gewerbefreiheit nicht leicht zu nehmen. Dem Reichstage liegen jetzt wieder solche Anträge vor, aber sie sind nur unschädlicher Donner. Die Konservativen wollen dem kleinen Kaufmann und dem kleinen Handwerker wieder einmal

durch Mittel aufhelfen, über deren Nutzlosigkeit wohl auch die Antragsteller einig sind, wenn sie ganz unter sich sind. Das Zentrum will eine neue Konkursordnung haben. Personen, die wegen betrügerischen Bankrotts verurtheilt worden sind, sollen in ihrem Gewerbebetriebe beschränkt werden. Das Zentrum möchte auch die Zwangsinnungen haben, aber es wagt nicht, sie zu fordern, sondern es will nur geschweiden, durch eine „Interpellation“, erfahren, wie die verblindeten Regierungen darüber denken. Man sollte meinen, das Zentrum wüßte das schon; die Regierungen denken nämlich und haben es erst in der vorigen Session durch Herrn v. Bötticher sagen lassen, daß die Sache durchaus und auf keine Weise geht.

L. C. Berlin, 28. Nov. [Die Stichwahl in Arnswalde-Friedeberg.] In gewissen amtlichen Kreisen scheint man es mit der Wahl Althwardts in den Reichstag sehr eilig zu haben. Nachdem heute das Ergebnis der Wahl vom 24. November protokolliert worden, hat der Landrath die Stichwahl zwischen dem freisinnigen Kandidaten Drowe und dem Antisemiten Althwardt (wie schon mitgeteilt. — Red.) bereits auf den 5. Dezember (nächsten Montag) anberaumt. Die Kürze der Frist legt der freisinnigen Partei die Verpflichtung auf, mit möglicher Energie den Kampf aufzunehmen, um den Sieg Althwardts zu verhindern. Vor Allem werden diejenigen Liberalen, die am 24. d. der Wahl ferngeblieben sind, sich jetzt der Pflicht nicht länger entziehen dürfen, nach Möglichkeit die Wahl des Verfassers der „Judenblut“ in den Reichstag zu verhindern. Wie die konservative Partei sich zu der Stichwahl stellen wird, bleibt abzuwarten. Man darf gespannt sein, inwieweit die Auffassung der „Kreuzzeitung“ von der Partei getheilt wird, daß die konservative Partei mit der Althwardtschen grundsätzlich und thatsächlich das gemein habe, daß die Gefahren des Judenthums nicht, wie es der Liberalismus wolle, todt geschwiegen werden.

P. V. C. Berlin, 27. Nov. [Ein Glaubensgericht in Hannover.] Bei dem jüngst abgehaltenen zweiten theologischen Examen in Hannover hat das dortige Konsistorium einen Kandidaten der Ritsch'schen Richtung, obwohl seine wissenschaftlichen Kenntnisse und theologischen Fähigkeiten in jeder Hinsicht genügt, vom Kirchendienst ausgeschlossen wegen mangelnder Uebereinstimmung mit den Bekenntnissen. Der Betreffende hatte vor der Prüfungs-Kommission seine Zugehörigkeit zu der freieren Richtung der Ritsch'schen Theologie nicht verheimlicht, auch eingestanden, daß er in seiner Amtsführung sich von seiner theologischen Ueberzeugung nicht loszulassen vermöge. Darauf wurde er bei Anerkennung seiner wissenschaftlichen Tüchtigkeit zunächst auf ein Jahr als untauglich zur Verrichtung eines Pfarramtes erklärt.

So berichten konservative Blätter. Der Versuch, theologische Prüfungen in Glaubensgerichte umzugestalten, ist so unerhört, schlägt allem Fortkommen so sehr ins Gesicht und entbehrt so völlig jeder geistlichen Grundlage, daß wir die sichere Erwartung eines Dementis dieser Nachricht aussprechen. Sollte in der That die Ausschließung eines Predigamts-Kandidaten stattgefunden haben, so müßten ganz andere Gründe vorgelegen haben, als daß derselbe sich zu einer vermittelnden theologischen Richtung rechnet, die bislang selbst in der hannoverschen Kirche unbeachtet auf zahlreichen Kanzeln gewirkt hat.

— Ein Berliner Brauerei-Direktor hat folgende interessante Tabelle zusammengestellt über die Mehrbelastung der Berliner Aktienbrauereien durch die Erhöhung der Brausteuer, im Vergleich zur gezahlten Dividende.

	Altien-Kapital in 1000 Mark	Dividende pro 1891/92 Mark	Bisheriger Steuerbetrag Mark	Betrag gemäß der projektirten Steuererhöhung Mark
Schultheiß	5400	624000	373182	829084
Böhm. Brauhaus	3300	396000	171840	376065
Ragenhofer	2730	436800	154390	336802
Schöneberg	1620	162000	121600	263025
Spanbauerberg	3000	210000	109400	235575
Reinholdbrauerei	2000	175000	104596	224766
Königsstadt	3600	144000	93464	199719
Unionsbrauerei	3000	90000	78210	165397
Pfefferberg	3800	210000	70016	146961
Moabit	2550	0	67592	141507
Bockbrauerei	4200	0	62390	129802
Bergschloß	1196	95680	59060	122427
Friedrichshagen	1950	0	50420	104067
Nordb. Brauerei	3000	60000	48280	99520
Victoria-Brauerei	1600	80000	41460	85027
National-Brauerei	1000	0	38676	79111
München Brauhaus	1599	0	37568	76757
Pronenbrauerei	1390	0	22720	45205
	46935	2683480	1704864	3660821

Durch die projektirte Steuererhöhung würde sich für obige 18 Berliner Aktienbrauereien eine Mehrbelastung von nahezu 2 Millionen Mark gleich 4,17 Proz. des Aktienkapitals ergeben; mithin würde sich die Dividende im Durchschnitt von 5,72 Proz. auf 1,55 Proz. reduzieren. Es würde sich daraus eine Entwerthung des Aktienkapitals um mehr als 72 Proz. gleich 34 Millionen Mark ergeben.

— Endlich! Aus Paris wird berichtet, Des Four be-
richte im „Matin“, Bismarck habe ihm erklärt, weder den Kor-
respondenten des „Journal“ Le Roux noch einen Mitarbeiter
des „Figaro“ empfangen, oder geirrt zu haben. Le Roux
Interview sei (was wir bereits gestern annahmen) erfunden.
Bismarck habe ferner erklärt, er empfinde keine unbekannten Jour-
nalisten mehr, weil deren Mangel an Disziplin seinen
Worten eine unbeabsichtigte Bedeutung verleihe und weil dieselben
gegen seinen Willen seine Sprechfreiheit mißbrauchten, was seine
Ruhe störe. — Endlich wird man also von den Früchten der
Reifigkeit des alten Herrn versichert bleiben. Ihm selbst wird
das nur zum Vortheil gereichen. Aber hat er nicht vielfach die
„unbekannten“ Journalisten zweifelhafter Blätter empfangen, um
durch sie seinem Groll gegen die Reichspolitik öffentlich Luft machen
zu können?

— Am Dienstag beginnt bekanntlich der Prozeß gegen
Ahlwardt wegen der Judenflinten-Broschüre. Ahlwardt
hat Montag einem Reporter, der ihm in Blößen einen Besuch
abstattete, anvertraut, er hoffe, eine Vertagung des Prozesses
zu ermöglichen, zunächst indem er die Zuständigkeit des Gerichts-
hofs bestreite, da Ercheinungs- und Verbreitungsort der infor-
mierten Broschüre Dresden sei, dann durch „andere Anträge“. Sollte
der Gerichtshof sich für zuständig erklären und die Ver-
handlungen fortsetzen, so werde er zwar in sehr gemäßigten Formen,
doch in den denkbar härtesten Art auftreten. An seiner Verur-
theilung zweifelt Ahlwardt nicht, hofft aber mit drei Monaten
Gefängnis durchzukommen, da er „in gutem Glauben“ gehandelt
habe. Jedenfalls hoffe er, wenn gewählt, am 21. Febr. (so lange
dauert sein Aufenthalt in Blößen) im Reichstage erscheinen zu
können. Die Reichstagstribüne allein sei der Ort, von dem aus
man wirksam zu der ganzen Nation reden könne und diese
Gelegenheit werde er ausgiebig benutzen. — Wenn es so weit
kommt, werden den Wählern des „Nadapolliters“ die Augen
schon aufgehen.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die Kommission zur Vorberatung der
Steuerreform-Vorlagen wählte zum Vorsitzenden den
Abg. Frhrn. von Huene, zu dessen Stellvertreter Dr. Sattler,
zu Schriftführern die Abgg. v. Buch, Höppler, Graf Hönigsbrück,
Bachem, Würmeling, Krause und Friedberg. Nach der Konstituierung
der Kommission, welcher Finanzminister Miquel beizuhöhen, beschloß
man täglich außer Montags Sitzungen abzuhalten und die Vor-
lagen in zwei Lesungen zu beraten. Zunächst wird die General-
diskussion stattfinden und sodann eine Beratung der Ergänzungs-
steuer erfolgen.

Die Ernteschäden in Preußen während des Jahres 1891.

Die Hoffnungen auf einen günstigen Erfolg werden bei keinem
anderen Betriebe durch so mannigfache Umstände und so häufig
zerstört, wie bei der Landwirtschaft. Ungünstige Elementar- und
Witterungsverhältnisse, Pflanzenkrankheiten und schädliche Pflanzen
sowie eine Menge den einzelnen Feldfrüchten schädlicher Thiere und
andere Ursachen beeinträchtigen oder vernichten oft in kürzester
Zeit die günstigsten Ernteaussichten. Um hierüber das Erforderliche
feststellen zu können, wurden auch im verflossenen Jahre in dem
Erhebungsformulare der Erntestatistik bei denjenigen Fruchtarten,

die in Folge von Pflanzenkrankheiten, Mäuse- oder Heuschreckenfraß,
Ueberschwemmungen, Frost u. dgl. eine Mithernte oder einen ge-
ringeren Ertrag ergeben hatten, nähere Angaben verlangt.

Die Zahl der Fälle, in denen für das Jahr 1891 über Ernte-
schäden berichtet wurde — wobei jede Ursache, die in dem ein-
zelnen Erhebungsbezirke Ernteschäden zur Folge hatte, als Schaden-
fall betrachtet ist — war um 15 864 höher als 1890. In erheb-
lichem Umfange war der Erntertrag 1891 durch die Ele-
mentar- und Witterungsschäden beeinträchtigt. Zu
denjenigen wurden die durch Auswinterung, Auswuchs, Dürre,
Kälte, Frost und Kälte, Grundwasser, Hagel, Hochwasser, Lagen,
Nässe, Regen, Sturm (Wind), Ueberschwemmung und Wolkenbruch
verursachten Schäden gerechnet und in einer besonderen Spalte die
sonstigen und die ungenau angegebenen Witterungsschäden zu-
sammengestellt. Derartige Schadenfälle wurden 1891 34 883 = 90,2
Prozent oder 14 532 mehr als im Vorjahre mitgeteilt, eine Ziffer,
die, im Vergleich mit den Vorjahren, nur von denen des Jahres
1880 (mit 36 214 Fällen) übertroffen wurde. Der durch
Pflanzenkrankheiten und schädliche Pflanzen
sowie schädliche Thiere bewirkte Ernteschaden wurde 1891
wie in den Vorjahren in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle
durch Frost und Mäusefraß, nämlich in 491 bzw. 1518 Erhebungs-
bezirken (gegen 873 bzw. 649 im Vorjahre) herbeigeführt. Stellen
wir die Ernteschäden nach der Art und Weise ihrer Entstehung für
die letztverflossenen fünf Jahre zusammen, so ergibt sich, daß
Schadenfälle zurückzuführen waren

	auf	1887	1888	1889	1890	1891
Elementar- und Witterungs- ereignisse		19 967	29 313	23 662	20 351	34 883
Prozent		93,4	93,1	88,2	89,3	90,2
Pflanzenkrankheiten und schäd- liche Pflanzen		448	684	1 261	1 252	1 411
Prozent		2,1	2,2	7,1	5,5	3,7
Schädliche Thiere		947	1 470	1 903	1 181	2 345
Prozent		4,4	4,7	4,7	5,2	6,1
andere Ursachen		11	5	—	4	12
Prozent		0,1	0,02	—	0,02	0,03

Die Zahl der Bezirke, die durch Witterungs- und sonstige
Elementarereignisse Einbuße erlitten, war, abgesehen von den
Hagelschäden, im Jahre 1891 die größte bei den durch Regen
und Nässe verursachten. Eine Beeinträchtigung der Ernte hier-
durch wurde im Jahre 1891 aus 10 380 Erhebungsbezirken (18,9
Proz.) nachgewiesen gegen 5 948 = 10,8 Proz. im Vorjahre.
Durch Kälte und Frost wurden 6613 Erhebungsbezirke = 12,0
Proz. (gegen 5341 oder 9,7 Proz. im Vorjahre) geschädigt, durch
Auswinterung 6583 Erhebungsbezirke = 12,0 Proz. (gegen
78 oder 0,14 Proz. 1890), ferner durch Hochwasser und Ueber-
schwemmung 3419 = 6,2 Proz. (gegen 1213 oder 2,2 Proz.)
und durch Dürre 394 = 0,7 Proz. gegen 1003 oder 1,8 Proz. im
Jahre 1890 und 10 527 = 19,1 Proz. im Jahre 1889)

Ueber die Hagelschäden werden wir demnächst eingehende
Mittheilungen bringen, während wir wegen der Einzelheiten
der Ernteschäden und deren Vertheilung auf die Provinzen und
Bezirke auf das so eben erschienene Heft 119 des amtlichen Quellen-
werkes der „Preussischen Statistik“ verweisen, welches die endgül-
tigen Ergebnisse der Ermittlung des Erntertrages im preussischen
Staate für das Jahr 1891 und in zwei besonderen Beilagen die
Ernteaussichten und das Ergebnis der vorläufigen (Oktober-)Ernte-
ermittlung des Jahres 1892 bis zu den einzelnen Kreisen heraus
mittelt.

vorher ermitteln. Es wird also wohl eventuell bei der Beglück-
wünschung durch den Alterspräsidenten bewenden.

Ihr treu ergebener
Mit diesem Schreiben Simsons schließt der Lasker'sche Brief-
wechsel, dem sich dann noch die von Lasker entworfenen und von
der Reichstags-Kommission angenommene Adresse des Reichstages
an den Kaiser anreicht.

Interessant ist es und es schadet nicht, dergleichen zuweilen
wieder in Gedanken zurückzuführen, daß die liberale Partei allein
die Adresse nicht mit unterzeichnet hat, und zwar wegen des fol-
genden Passus:

„Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Ueber-
lieferungen eines fremdländischen Ursprunges folgten, durch Ein-
mischung in das Leben anderer Nationen die Keime des Verfalls
empfangen. Das neue Reich ist dem selbstgezeugten Geiste des
Volkes entsprungen, welches nur zur Abwehr gerüht, unumwandel-
bar den Werken des Friedens ergeben ist. In dem Verkehre mit
fremden Völkern fordert Deutschland für seine Bürger nicht mehr,
als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten, und gönnt,
unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation, die Wege
ihrer Einheit, jedem Staate, die beste Form seiner Gestaltung nach
eigener Weise zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere
Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vor-
wande und in keiner Form wiederkehren.“

Die Liberalen wollten nämlich in der Adresse zum Aus-
drucke gebracht wissen, daß der Kaiser seinen katholischen Unter-
thanen nur dadurch gerecht werden könnte, wenn er sich zu einem
kleinen Interventionszuge zu Gunsten der Wiederherstellung der
weltlichen Papsthoheit verstände; sie konnten ja mit Zug und
Recht dieses Zugeständnis als eine Gegenleistung dafür bean-
spruchen, daß sie mit aller Kraft, so lange es mit Ausblick auf Er-
folg geschehen konnte, der Eingung Deutschlands Widerstand ge-
leistet hätten.

„Wenn übrigens die Adresse“, sagt der Herausgeber der Lasker-
schen Briefe, „mit dem Wunsche schließt, daß das Reich, nachdem
es in achtunggebender Stellung nach Außen fest gegründet ist,
auch nach Innen durch einheitliches Gesetz und Recht feste Fügung
erhalten möge, so ist darin nur wiederholt, was Lasker stets und
lange vor dem Ausbruche des französisch-deutschen Krieges als das
von dem Norddeutschen Bunde zu erstrebende Ziel bezeichnet hatte.
Ihm galt es mit dem Tage der Gründung der national-liberalen
Partei als vornehmste Aufgabe, dazu beizutragen, daß das durch die
Militär-Konventionen und Verträge geeinte waffentragende Deutsch-
land auch bürgerlich sich einheitlich gestalte.“

„Wir Alle streben“, heißt es in einem Briefe Laskers an einen
politischen Freund aus dem Jahre 1869, „ohne Unterlaß über die
Main-Elbe hinaus und hoffen auf den baldigen Anschluß des ge-
samten Südens. Wenn uns befehlen ist, im Frieden das Werk
zu vollbringen, so muß der Anstoß hierzu vom Volke selbst aus-
gehen, und seine Vertreter müssen sowohl den Willen bekunden, als
die Kraft besitzen, sich zu einem wahren gesamtdeutschen Parla-
mente zu entfalten. Dadurch erwächst dem Reichstage eine Fülle
von Aufgaben, welche schwer im Voraus zu bezeichnen sind. Die
Einheit allein ist nicht das letzte Ziel der Nation, je kräftiger sie
sich gestaltet, desto fester will sie, ihrem Geiste gemäß, den
Rechtsstaat aufbauen und die Voraussetzungen eines freien Volks-
lebens erfüllen. In der Zersplitterung lag die tiefere Ursache,
weshalb bisher der mächtigste deutsche Staat, trotz seiner natür-
lichen Tendenz zum Fortschritt, nicht bloß in Beziehung auf die
Lasten der Einzelnen, sondern auch in seiner Verwaltung eine
so schädliche Einseitigkeit zum Vorzeichen und Willkürwesen befehlerte.
Dieselbe Ursache war es, weshalb einzelne Kleinstaaten, deren
Regierungen von besseren Absichten befeelt waren, dem Ganzen

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Nov. Das königliche Eisenbahn-Betriebs-
amt macht bekannt: Am 28. d. M. wurde der Schnellzug 94
(Kölnfurt-Falkenberg) bei der Durchfahrt auf Station Niesky
in Folge falscher Weichenstellung nach einem Nebengeleise ab-
gelenkt und stieß dort auf 2 leere Güterwagen. Reisende
weder getödtet noch verletzt, Lokomotivheizer an beiden Knien
gequetscht. Die Lokomotive des Zuges und beide Güterwagen
wurden beschädigt. Betriebsstörung dauerte 2 Stunden.

Köln, 28. Nov. In den Nebengebäuden der in der Streik-
gasse belegenen Kaserne 2 brach gegen 1 Uhr Nachts ein Feuer
aus, welches sich rasch verbreitete und die Umgegend weithin mit
Tageshelle erleuchtete. Dem Militär und der herbeigeeilten Feuer-
wehr gelang es gegen 2 1/2 Uhr, alle Gefahr der Weiterverbreitung
zu beseitigen. Das neben der Kaserne belegene große Probant-
Lager ist nur wenig beschädigt.

Samburg, 28. Nov. In der heutigen Sitzung der Bürger-
schaft wurde der Präsident derselben, Landgerichtsdirektor Dr. D.
Möndeburg zum Senator gewählt.

Prag, 28. Nov. In vergangener Nacht entgleiste auf
der Station Weinberge ein Güterzug der Staatsbahn. Sechs
Wagen wurden zertrümmert, vier andere beschädigt. Personen
sind nicht verletzt.

Peft, 28. Nov. In Belas wurde an Stelle des ver-
storbenen Abgeordneten Franyi der Kandidat der Unabhängig-
keitspartei Ladislaus Mesko gewählt.

Peft, 28. Nov. Das Abgeordnetenhaus hat heute mit
großer Majorität das Budgetprovisorium angenommen.

Petersburg, 28. Nov. Die Gemahlin des Großfürsten
Constantin Constantinowitsch, geborene Prinzessin von Sachsen-
Altenburg, ist gestern von einem Sohne entbunden worden.

Petersburg, 28. Nov. Unter den zur Deckung des
voraussichtlich eintretenden Einnahmeausfalls beabsichtigten
Maßnahmen befindet sich eine einmalige Wehrsteuer, welche in
der Höhe von 3 Rubeln unter Zulassung bestimmter Aus-
nahmen von allen Personen erhoben werden soll, die von dem
aktiven Heeresdienst befreit sind. Der jährliche Ertrag der
Steuer wird auf 1 1/2 Mill. Rubel veranschlagt. Die geplante
Erhöhung der Güldensteuer ist aufgegeben worden. Dagegen soll
die Steuer von Handels- und Industrie-Aktiengesellschaften
von 3 Prozent auf 5 Prozent vom Reingewinn erhöht werden,
woraus eine Mehreinnahme von 1 700 000 Rubel erwartet
wird. Endlich wird beabsichtigt, die Ergänzungs-Handels-
steuer von 4 400 000 Rubel auf 5 500 000 Rubel zu erhöhen
und die bisher nur eine Accise zahlenden industriellen Unter-
nehmungen zu der Handelssteuer heranzuziehen, deren Mehr-
ertrag infolge dieser Maßregel auf 700 000 Rubel ge-
schätzt wird.

Stockholm, 28. Nov. Der außerordentliche Reichstag ist heute
durch den König geschlossen worden. In der vom Könige ver-
lesenen Thronrede wird den Mitgliedern des Reichstages der

Lasker's Briefwechsel.

(Schluß.)

Hierauf antwortet Lasker:

Lieber Freund!

Ihr Brief kommt, während ich an Sie schreiben will. Max-
guard-Barth habe ich bereits gebeten, daß er mit einigen Freunden
spätestens am Montag Mittags sich hier einfinden möge, weil lieber
wäre mir, wenn Sie alle des Morgens oder schon Sonntags hier
sein könnten, denn wir haben wirklich wichtiges mit einander zu
besprechen. Montag Abends halten wir bereits Parteiverjam-
lung. Mir liegt am Herzen, daß die bayerischen Liberalen keine
besondere Landsmannschaft bilden. Die Freunde aus Württem-
berg, Hessen und Baden treten ohne Vorbehalt in unsere Fraktion,
und ich rechne als Gesamtergebnis, daß von den 40 Abgeordneten
der drei Länder 36 national sind und von diesen etwa 7 den Frei-
konserativen, 28 den bayerischen und ein Abgeordneter seine Stellung
als Mittelbarer frei behält. Eine selbständige bayerische Fraktion
würde ich für den Anfang zahlreicher und schädlicher Forderungen
halten, so sehr untergeordnet mir das Fraktionswesen sonst im Ver-
hältnis zum liberalen Interesse ist. Weit lieber als die Selbst-
ständigkeit der Bayern wäre mir der Gesamteintritt der dortigen
Liberalen in die Fortschrittspartei, und wenn auch nicht ein Abge-
ordneter unserer Fraktion sich anschloße; in dieser Beziehung ist
die Situation gegen das Zollparlament und die früheren Jahre
ganz verändert. Der Wunsch eines besseren Zusammenschlusses der
liberalen Partei ist auch hier vertreten, aber die einfache Vereini-
gung beider Fraktionen unter einem dritten Namen läßt sich nicht
bewirken, für Viele aus sachlichen Gründen, überdies wegen
mancher in Betracht kommenden Personen. Die Neubildung einer
Partei, welche aus dem Kerne beider Fraktionen sich rekrutirt und
die jetzt nur noch wenige Außenstehende aufnimmt, würde eine
passende Lösung sein, aber eine solche Bildung läßt sich nicht sche-
matisch vornehmen, sondern müßte sich aus dem Gange der Ver-
handlungen ergeben. Kurz, die bayerische Frage ist auch unter uns
nicht leicht, aber ich halte es für höchst bedenklich, wenn sie auch in
dem populären und nationalgefeierten Theile der Landesver-
tretung einen Anflug von Sonderstellung herbeiführt. Männer
wie Hohenlohe und Hörmann werden Sie hier nicht bei sich be-
halten, sondern die politische Wahlverwandtschaft wird sie nach
Rechts anziehen.

Die Eröffnung des Reichstages war auf den 21. März fest-
gesetzt, am darauffolgenden Tage war der Geburtstag des Kaisers.
Lasker würde es gern gesehen haben, wenn schon bei der Be-
glückwünschung des Kaisers ein neues Reichstags-Präsidium, das
schon getroffenen Vereinbarungen zufolge aus Simson (Preußen),
Hohenlohe (Bayern) und Weber (Württemberg) bestehen sollte, das
Symbol der deutschen Einheit hätte darstellen können. Lasker fragt
deshalb bei Simson am 16. März an, „ob etwa die Wahl des
Reichstags-Präsidiums noch Dienstag den 21. in einer Abend-
sitzung oder Mittwoch früh geschehen könnte, da ihm die Ver-
tretung des Präsidiums durch den Alterspräsidenten allein nicht
lieb wäre, aber auch eine Beglückwünschung in corpore gegen den
Geschmack erschiene.“

Simson antwortet hierauf am 17.:

Mein theurer und verehrter Freund!

Eine Wahl am Dienstag oder Mittwoch halte ich — ganz ab-
gesehen von dem Ausbruch der Hasi, den die Antisipation geben
würde — für unausführbar; am 22. wird das Haus ohnehin mit-
möglichst Ferien haben. Der höchst ausnahmsweisen Situation
würde meines Erachtens eine Beglückwünschung durch den Reichs-
tag in corpore sehr entsprechen. Ich bin aber nicht sicher, ob dazu
im Palais ein geeigneter Raum vorhanden ist. Das müßte man

wenig Nutzen eintragen und von Zeit zu Zeit selber in ein
bedenkliches Schwanken gerathen. Das einige und erstarkte Deutsch-
land muß uns ein befestigtes Rechtsleben und eine allen Klassen
gerecht werdende Ausgleichung der Pflichten und Rechte bringen.“

„Der Verwirklichung dieser Idee“, fährt der Herausgeber fort,
„widmete Lasker seine ganze Thätigkeit von dem Tage an, da
Graf Bismarck sich einer deutsch-nationalen Politik zuwendete;
dieselbe zu unterstützen, hielten Lasker und einige Gefinnungsge-
nossen für umso mehr geboten, als nur die Möglichkeit bestand, der
nationalen Politik eine liberale Grundlage zu geben. So wurde
die national-liberale Partei gegründet. Erstauflage ist der Eifer,
den Lasker von da ab für die Verbreitung der Grundsätze dieser
Partei entwickelte.“ Dem Herausgeber liegt aus der Zeit von 1867
bis 1870 ein zwischen Lasker und den Freunden im Norden und
Süden geführter umfangreicher Briefwechsel vor. Der wesentliche
Inhalt dieser Briefe fand jeweilige Verwendung in den national
gefeierten Zeitungen, wurde in den Nationalvereinen besprochen,
bildete die Grundlage der Politik der nationalen Männer, und als
der Krieg ausbrach, war die Partei, noch ehe der erste Sieg er-
fochten war, einigen Sinnes in ihrer Hauptforderungen. Durch die
Presse und in Volksversammlungen übte sie dadurch einen bedeu-
tenden Einfluß auf das Volk aus, und die anfangs zaudernden
Regierungen wagten nicht, dem überall laut fundgegebenen Ruf
nach Einheit sich zu widersetzen.

Der jetzt veröffentlichte Briefwechsel aus den Jahren 1870
und 1871 hat dargelegt, wie hohen Antheil vor Allen Lasker
an dem Zustandekommen der verfassungsmäßigen Errichtung des
deutschen Reichs zu beanspruchen hat, und wie er mit voller Thätig-
keit einzugehen mußte, als es galt, die Schwierigkeiten zu über-
winden, die sich der Schaffung der staatsrechtlichen Form des neuen
Reiches entgegenstellten. Was Lasker von 1871 ab geleistet hat,
wie er das Eisenbahn-Konzessions-Anwesen entlarvt, dem Gründungs-
schwindel ein donnerndes Halt entgegenzusetzen, im heißen Kampfe
um das Zustandekommen der Reichs-Justizgesetze rastlos gewirkt
und bis zu seinem Lebensende mit strengster Unparteilichkeit und
ohne je von dem Fraktions-Interesse sich beeinflussen zu lassen,
unermüdet gearbeitet hat, wo es das Wohl des Vaterlandes galt,
das gehört nicht in den engen Rahmen dieser Veröffentlichung.
Der reine und selbstlose Charakter des Verstorbenen ist jedoch vor
abgeschmackten Verleumdungen nicht bewahrt geblieben, und wenn
man Gefälligkeiten gegen „die liberale Aera“ vorzubringen hatte,
wurden sie aus leicht zu errathenden Gründen mit Vorliebe an
den Namen „Lasker“ geknüpft. Mit um so innigerer Freude
empfand es der Herausgeber, als er unter den hinterlassenen
Papieren Lasker's das Schreiben eines regierenden Fürsten vor-
fand, das den Verdiensten des damals schon rechts und links ange-
sehten Parlamentarikers gerecht wird. Es lautet:

Werthgeschätzter Herr!

Ich hoffe von Ihnen nicht für unbedeutend erachtet zu werden
dafür, daß ich, ohne mit Ihnen persönlich bekannt zu sein, die Bitte
an Sie richte, mir ein Stündchen Unterbrechung zu schenken.

Die großen vaterländischen Interessen sind es, die meine Bitte
wohl in Ihren Augen rechtfertigen werden, wenn ich den Wunsch
bege, mit Ihnen von demselben zu reden.

Sollten Sie meiner Bitte entsprechen können und wollen, so bitte
ich Sie, morgen Vormittags 11 1/2 Uhr zu mir kommen zu wollen.
Ihr ergebener (gez.) Friedrich, Gr. v. Baden.

Berlin, Niederländisches Palais, 2. April 1877.
Dieses eigenhändige Schreiben des Großherzogs von Baden
ehrt den Empfänger und kennzeichnet den vorurtheilsfreien, er-
lauchten Geist des edlen deutschen Fürsten, in dessen schönem Lande
gleiches Recht für Alle nicht bloß gesetzlich gewährleistet ist, sondern
auch thatsächlich ausgeübt wird.

herzliche Dank des Königs ausgedrückt. Sodann wird betont, daß die bei der Berufung des Reichstags ausgesprochene Zuversicht in vollem Maße gerechtfertigt gewesen und die an die verschiedenen Parteien gerichtete Mahnung, alle Parteifreigeblichkeiten ruhen zu lassen, nicht unbeachtet geblieben sei. Die Thronrede weist ferner auf die beträchtliche Majorität hin, welche die Vorlagen betreffend die Armeeorganisation in den beiden Kammern gefunden hätten. Der Reichstag habe sich hierdurch gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit der Zeitgenossen wie der nachkommenden Generationen erworben. Die ernstlichen Bemühungen der Regierung für die Sicherheit und den Frieden der vereinigten Königreiche würden schon jetzt durch das Ergebnis der Reichstagsberatungen erleichtert. Die Thronrede schließt mit dem Wunsche: Möge Gottes Segen immer über dem geliebten Vaterlande walten!

Christiania, 28. Nov. Der König hat Pasteur das Großkreuz des Ordens des hl. Olaf verliehen.

Lausanne, 28. Nov. Der Waadtländische Kassationshof hat die vom Bundesrath in dem Prozeß betreffend die Reflexexplosion auf dem Dampfer „Montblanc“ gegen das Urtheil des hiesigen Appellhofes eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet und wegen mangelnder Aktiv-Legitimation des Beschwerdeführers einstimmig abgewiesen.

Rom, 28. Nov. [Deputirtenkammer.] Der Schatzminister legte heute das abgeschlossene Budget für 1891/92 vor, welches mit einem Defizit von 46 Millionen Lire für den Schatz abschließt, ferner das revidirte Budget für 1892/93 mit einem Einnahme-Überschuß von 10,9 Millionen Lire, sowie auch den Budgetvoranschlag für 1893/94 mit einem Einnahme-Überschuß von etwa 3 Millionen Lire.

Paris, 28. Nov. Die Deputirtenkammer hat bei der Berathung der Interpellation betreffend die Obduktion der Leiche des Baron Reinach die vom Ministerpräsidenten Loubet verlangte einfache Tagesordnung mit 304 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Die Minister traten alsbald zusammen, um sich über die Einreichung ihrer Demission zu einigen.

Paris, 28. Nov. Heute Vormittag ist abermals ein Deutscher verhaftet worden, der beschuldigt wird, Anarchist zu sein und sich an der Explosion in der Rue des Bons Enfants betheiligte zu haben.

Ministerpräsident Loubet hat die Panama-Untersuchungskommission davon in Kenntniß gesetzt, daß es gesetzlich vollkommen unzulässig sei, Drumont provisorisch in Freiheit zu setzen. Die Kommission hat heute den Justizminister Ricard gehört, welcher die Mitglieder der Kommission unter Hinweis auf das Gesetz, das die Veröffentlichung von Aktenstücken vor dem Beginn eines Prozesses untersagt, aufforderte, über die Protokolle der Panama-Untersuchung Stillschweigen zu beobachten.

Paris, 28. Nov. Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute den Untersuchungsrichter Brinet. Letzterer gab keine Namen von Mitgliedern des Parlaments an, welche von der Panamafanal-Gesellschaft Geld erhalten hätten. In Betreff der Behauptung, daß ein verstorbenen ehemaliger Minister einen Cheque von 500 000 Frs. erhalten habe, erklärte Brinet, daß in der Banque de France keinerlei Spur von einem solchen Cheque gefunden worden sei. Brinet theilte ferner mit, daß er die Untersuchung auch auf den verstorbenen Baron v. Reinach ausgedehnt habe, der von der Panamafanal-Gesellschaft 9 1/2 Millionen Frs. erhalten haben sollte. Er habe nichts gefunden, was diese Ausgabe rechtfertigen würde.

Wie verlautet, sollen die Vertheidiger der in der Panama-Angelegenheit Angeklagten gegen die Mittheilung der Akten des Untersuchungsrichters Brinet an die Untersuchungs-Kommission als gesetzwidrig Protest eingelegt haben. Der Vorsitzende des Appellgerichts Périer theilte ihre Ansammlung.

Paris, 28. Nov. Wie aus Pagny gemeldet wird, sind die seiner Zeit gegen die Choleraepidemie getroffenen sanitäts-polizeilichen Vorkehrungen an der Ostgrenze aufgehoben worden.

Paris, 28. Nov. Baron Hirsch ist auf der Jagd leicht verwundet worden.

Brüssel, 28. Nov. In der heutigen Sitzung der internationalen Münzkonferenz wird der englische Delegirte Alfred von Rothschild seine Vorschläge unterbreiten, in welchen ausführlich dargelegt wird, daß der Bimetallismus für England eine absolute Unmöglichkeit sei. Zur Begründung seines Planes hebt Rothschild hervor, daß die Vereinigten Staaten jährlich 54 Millionen Unzen Silbermetall kaufen. Unter der Bedingung, daß die Vereinigten Staaten fortführen, dieselbe Menge zu kaufen, sollten die verschiedenen europäischen Staaten ein Einvernehmen treffen, durch welches sich jeder Staat zum Ankauf von 5 Millionen Pfund Sterling Silber jährlich verpflichten würde und zwar 5 Jahre hindurch zu einem 43 Pence per Unze Standard nicht übersteigenden Preise. Sollte der Silberpreis über diesen Preis steigen, so wären die Ankäufe sofort zu suspendiren. Rothschild fügt hinzu, seine Vorschläge seien nur ein Palliativmittel, keine definitive Lösung.

Brüssel, 28. Nov. [Internationale Münzkonferenz.] Bei Begründung seiner Vorschläge hob der englische Delegirte v. Rothschild noch hervor, er sehe nicht ein, weshalb das Silber in England nicht bis zum Betrage von 5 Pfund, statt wie bisher zum Betrage von 2 Pfund Sterling als gesetzliches Zahlungsmittel gelten solle.

Der russische Delegirte Raffalowsky beantragte, von dem holländischen Delegirten Vandenberg und dem spanischen Delegirten Omsa lebhaft unterstützt, die Vorschläge Rothschilds einer Kommission zur Prüfung zu unterbreiten. Dieselbe Kommission soll auch die Vorlagen Soetbeers und Leveys, sowie andere Entwürfe, welche von den Mitgliedern der Konferenz eingebracht werden sollten, einer Prüfung unterziehen. Nachdem hierauf die fragliche Kommission gewählt worden war, vertagte sich die Konferenz bis zum nächsten Freitag.

London, 28. Nov. Die „Times“ meldet aus Kaskutta, Scharafzai Khan, welcher, wie kürzlich berichtet, die Herrschaft von Chitral an sich gerissen hat, habe sich zum Vasallen des Emirs Abdurrahman von Afghanistan erklärt; Abdurrahman habe wahrscheinlich von der Absicht Scharafzais, einen Einfall in Chitral zu machen, gewußt und denselben unterstützt. Die „Times“ weist darauf hin, daß der Emir kein Recht habe, sich in die Angelegenheiten dieses Staates einzumischen. Der englische Agent für Chitral, ein eingeborener Offizier von der indischen Kavallerie, verbleibe in dieser Stadt mit 15 berittenen Soldaten.

London, 28. Nov. Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Zanzibar von heute meldet, ist die deutsch-englische Grenzkommission in Wanga eingetroffen.

Washington, 28. Nov. Nach dem Jahresberichte des Schatz-

meisters betragen im Anfange des abgelaufenen Finanzjahres die in den Banken befindlichen disponiblen Gelder in Kontanten und Deposits 207 110 451 Dollars, die sich am Ende des Geschäftsjahres auf 165 718 150 Dollars reduzierten, darunter 114 1/2 Millionen Gold. In dem Berichte wird sodann hervorgehoben, daß das Bestreben des Schatzamtes, eine starke Goldreserve aufrecht zu halten, ein befriedigendes Resultat geliefert habe. Die Staats-schuld betrug am 30. Juni 1892 1588 Millionen gegen 1546 Millionen im Vorjahre. Der Bestand im Schatzamt nahm im Laufe des Jahres um 50 Millionen sowie der im Umlauf befindliche Betrag um 100 Millionen zu. Der Umlauf des Papiergeldes betrug durchschnittlich 376 726 583 Dollars, — ein Betrag, der bisher niemals erreicht ist.

New-York, 28. Nov. Der „New-York Herald“ meldet aus Valparaiso, das Protokoll über die Ansprüche der Peruianischen Korporation in London bezüglich der Guanodeposits, welches kürzlich von den Regierungen von Chile und Peru unterzeichnet wurde, sei bis auf Weiteres zurückgezogen worden, da Meinungsverschiedenheiten wegen der Ernennung eines Schiedsrichters über die erhobenen Ansprüche entstanden seien. Eine baldige Einigung über die Streitfrage sei jedoch wahrscheinlich.

Der chilenische Kongreß hat den Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer mit 6 Prozent verzinslichen internationalen Anleihe von 6 Millionen Dollars mit einprozentiger Amortisation angenommen. Die Anleihe soll die Einziehung von Papiergeld und die Ausgabe von Gold- und Silbermünzen ermöglichen.

Wien, 29. November. Einem Communiqué der Linken zufolge theilte Plener in der Abend-sitzung des „Klubs“ der vereinigten Linken den Verlauf und die Ergebnisse der mit der Regierung und den Vertretern des Polenklubs und des Hohen-wartklubs in den letzten Tagen geführten Verhandlungen mit. Der Klub nahm von den Mittheilungen einheitlich Kenntniß und beschloß den Budgetposten für den Dispositionsfonds bei der Budget-Berathung im Plenum zu verweigern. Der zahlreich besuchten Sitzung wohnte Minister Graf Kuenburg bei.

Paris, 29. Nov. Das „Journal officiel“ veröffentlicht morgen eine Note. — Die Minister begaben sich ins Elysee und überreichten Carnot ihre Demission, welcher dieselbe annahm. Die Minister führen ihre Geschäfte bis zur Ernennung ihrer Nachfolger fort.

Paris, 29. Nov. (Kammer.) Laferronnays fragt über das Gerücht an, wonach Reinach garnicht todt und die Beilegung eine Fiktion gewesen sei, und verlangt Exhumirung der Leiche. Der Justizminister erklärt, daß der Arzt einen natürlichen Tod Reinachs festgestellt. Die Justizverwaltung lehne es daher ab einzugreifen und überlasse es der Untersuchungs-kommission, die Obduktion zu verlangen. Brisson forderte die Obduktion der Leiche und die Versiegelung der Papiere Reinachs und beantragte eine entsprechende Tagesordnung. Loubet erklärte sich dagegen. Majan schlägt vor, der Tagesordnung Brissons ein Vertrauensvotum hinzuzufügen. Loubet lehnt auch dieses ab und verlangt einfache Tagesordnung, welche mit 304 gegen 219 Stimmen abgelehnt wird. Die Minister verließen den Saal. Die Kammer nahm mit 394 gegen 4 Stimmen eine Tagesordnung Brisson-Majan an, wonach die Kammer sich den Wünschen der Panamafamilie anschließen, sich in dieser Angelegenheit volle Klarheit zu verschaffen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Handel und Verkehr.

**** Zur Ultimo-Regulirung.** Bei andauernd flüssigem Gelde stande zeigte sich bei der gestern in Berlin im Großen und Ganzen zu Ende geführten Ultimo-Regulirung ein stärkerer Stüdebegehr als bisher. In Folge dessen erfuhr die Depositslage mehrfache, wenn auch nicht eben erhebliche Steigerungen. Im Uebrigen wird auf nachstehende Zusammenstellung der gestern bewilligten Kollations-sätze verwiesen: Oesterreichische Kreditaktien 0,025—0,05 Proz. Report, Lombarden 0,25 Proz. Report, Diskonto-Kommandit-Antheile 0,125 Proz. Report, Deutsche Bank glatt, Dresdner Bank glatt, Handels-Antheile glatt, Mainzer 0,05 Proz. Report, Marien-burger 0,1875 Proz. Report, Ostpreußen 0,175 Proz. Report, Galizier 0,125 Proz. Report, Gotthardbahn glatt bis 0,25 Proz. Report, Warchau-Wiener 0,30—0,20 Proz. Report, Bochumer 0,40 Proz. Report, Dortmunder Union 0,3875 Proz. Report, Harpener 0,075—0,12—0,05 Proz. Report, Laurahütte 0,125 Proz. Report, 4proz. Egypter 0,20 Proz. Report, 5proz. Italiener 0,225 Proz. Report, 4proz. Ungarn 0,125 Proz. Report, 4proz. Russ. Kon. 0,3125 Proz. Report, 1880er Russ. Anleihe 0,2875 Proz. Report, III. Orient-Anleihe 0,2875 Proz. Report, Russ. Noten 0,20 bis 0,30 Markt Report. Alles mit Courtage.

**** Köln, 28. Nov.** Die heutige Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Rohstoffsverbandes beschloß, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, eine Verlängerung des bis zum 31. Dezember d. J. laufenden bisherigen Verbandes bis zum 30. Juni 1893, um Zeit für die Errichtung einer gemeinsamen Verkaufsstelle für Gießeret-Rohstoffe zu gewinnen. Mit Rücksicht auf den englischen Wettbewerb wurde ferner die Herabsetzung des Preises für Gießeret-Rohstoffe Nr. 3 von 53 auf 55 M. und für Gießeret-Rohstoffe Nr. 1 von 65 auf 62 M. beschlossen; Sammt soll mit Gießeret-Rohstoffen gleichgestellt werden.

**** Wien, 28. Nov.** Wie das „Fremdenblatt“ meldet, hat das Wiener Handelsgericht für den 28. Januar 1893 und eventuell für die folgenden Tage eine Versammlung der Besitzer der Proz. Staatsbahn-Prioritäten zur Wahl von 3 Vertrauensmännern und 3 Ersatzmännern angeordnet. Die Bekanntmachung betreffend die Einberufung und die näheren Details wird Mitte Dezember veröffentlicht werden.

**** Paris, 28. Nov.** Einer Meldung des „Journal des Debats“ zufolge dürften die französischen Inhaber von Obligationen der österreichisch-ungarischen Staatsbahn dem Beispiel des deutschen Komitees folgend, der wegen dieser Angelegenheit in Wien stattfindenden Versammlung fern bleiben.

Marktberichte.

**** Berlin, 26. Nov.** [Butter-Bericht von Gustav Schulze und Sohn in Berlin.] Immer wieder müssen wir von den vielen abfallenden Qualitäten berichten und ist die Butter wohl in keinem Jahr so lange abschmeckend gewesen als bei der jetzigen Uebergangsperiode. Keine reinnehmende Waare kommt sehr wenig an und diese kleinen Eingänge räumen sich zu unveränderten Preisen, während abfallende unerkäuflich und Preise hierfür nur nominal sind. — Landbutter geschäftlos. — Miltiche Notirungen der von der ständigen Deputation gewählten Notirungs-Kommission. Im Großhandel franko Berlin an Produzenten bezahlte Abrechnungspreise. Butter. Hof- und Genossenschafts-Butter Ia. per 50 Kilogramm 117—120 M., Ia. 114—116

M., IIIa. 110—113 M., abfallende 104—109 M., Landbutter: Preussische 95—100 M., Neßbrücker 95—100 M., Bommersche 95 bis 100 M., Polnische —, — M., Bayerische Senn 110—115 M., Bayerische Land- 92—97 M., Schleifische 98—103 M., Galizische 85—90 M., Margarine 40—70 M. — Tendenz: Für feinste Qualitäten blieben Preise behauptet, für abfallende nominal.

Stettin, 26. Nov. (Wochenbericht.) Das Waarengeschäft bleibt anhaltend lebhaft und wurden besonders Schmalz und Petroleum in großen Posten gehandelt.

Kaffee. Die Zufuhr betrug 2500 Ztr., vom Transitolager gingen 1600 Ztr. ab. Die Steigerung an den Termin-Märkten machte auch in der verfloffenen Woche weitere Fortschritte, gestützt auf neue ungünstige Nachrichten über die Brasil-Ernte, und erhöhten auch die Inhaber der Lager an den Importplätzen dementsprechend die Preise für effektive Kaffees. Der Abzug an unserem Plaze bleibt noch immer unbefriedigend. Unser Markt schließt steigend.

Notirungen: Plantagen Ceylon und Tellicherry 108 bis 116 Pf., Menado braun und Breanger 127—144 Pf., Java f. gelb bis ff. gelb 119—124 Pf., Java blatt bis blaß gelb 111 Pf., do. grün bis ff. grün 104—106 Pf., Guatemala blaß bis ff. blaß 107—111 Pf., do. grün bis ff. grün 97—112 Pf., Domingo 93 bis 103 Pf., Maracaibo 90—97 Pf., Campinas superior 83—91 Pf., do. gut reell 84—86 Pf., do. ordinär 70—74 Pf., Rio superior 86 bis 88 Pf., do. gut reell 80—82 Pf., do. ordin. 70—76 Pf. Alles transit.

Heringe. Die Zufuhr von Schottland betrug in dieser Woche 7344 Tonnen und stellt sich somit der Totalimport von dort bis heute auf 307 112 To. gegen 288 371 To. in 1891 und 339 794 1/2 To. in 1890 und 307 521 To. in 1889 bis zur gleichen Zeit. Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Crown- und ungefärbten Zülls, worin recht gute Umsätze zu Stande gekommen sind. Für die übrigen Sorten war die Frage weniger reger. Crownlagereffuß bedang 36 M., Crownfülls 32—33 M., ungefärbte Vollheringe 27 bis 31 M., Crownmatfülls 22 1/2—23 M., vereinzelt 24 M., Medium Füßs 20 bis 22 M., ungefärbte Matties 17 bis 19 1/2 M., Crownmitz und Crownhülsen 18—18 1/2 M., untertheuert. — Der Import von Norwegischen Fetherlingen belief sich für die Woche auf 4312 To., für die Saison auf 116 733 To. gegen 73 823 To. im vorigen Jahre. Kaufmanns und Großmittel erfreuten sich fortwährend guter Beachtung, für Reellmittel war die Kauflust schwächer. Letztbezahlte Preise sind für Kaufmanns 28—30 M., Großmittel 20—22 M., Reellmittel 12—14 M., Mittel 10—11 M. Neue Floeheringe erzielten 21—23 M. untertheuert. Von Schweden wurden 1432 To. zugeführt, die größtentheils von Bord Nehmer fanden. Füßs wurden mit 23—24 M., Medium Füßs 20—21 M., Hülsen zu 11 bis 12 M. untertheuert bezahlt. — Mit den Eisenbahnen wurden vom 16. bis 22. November 5289 Tonnen Heringe verladen und beträgt sonach der Total-Verladungs vom 1. Januar bis 22. November 197 154 Tonnen gegen 156 749 Tonnen in 1891 und 196 088 Tonnen in 1890 in gleichem Zeitraum. (Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1892.

Datum	Barometer auf 0 (Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe)	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad
28. Nachm. 2	768,5	S leicht	bedeckt	- 3,0
28. Abends 9	768,8	S leicht	bedeckt	- 1,5
29. Morgs. 7	763,5	SW frisch	bedeckt	+ 0,2
Am 28. Nov.	Wärme-Maximum	—	1,5° Cels.	
Am 28. "	Wärme-Minimum	—	11,2° "	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Nov. Morgens 0,32 Meter. Grundbeis.
" " 28. " Mittags 0,30 " Grundbeis.
" " 29. " Morgens 0,10 " unter Null.

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurze.

Breslau, 28. November. (Schlußkurze.) Fest. Neue Aproz. Reichsanleihe 86,10, 3 1/2 Proz. A.-Pfandbr. 97,90, Konf. Türken 21,55, Türk. Boose 92,50, Aproz. ung. Goldrente 96,25, Bresl. Diskontobank 96,25, Breslauer Wechselbank 96,50, Kreditaktien 168,50, Schlef. Bankverein 112,00, Donnermarkt 82,25, Stöhrer Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft zur Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,50, Oberchiesl. Eisenbahn 48,25, Oberchiesl. Borsland-Bement 70,00, Schlef. Cement 113,75, Doppel. Bement 85,75, Schl. D. Bement 113,75, Kramsta 121,00, Schlef. Zinkaktien 186,50, Laurahütte 100,25, Verein. Eisfabr. 93,00, Oesterreich. Banknoten 169,95, Russ. Banknoten 201,00, Giesel Cement 72,00.

London, 28. Nov. (Schlußkurze.) Ruhig. Engl. 2 1/2 Proz. Consols 97 1/2, Preuss. Aproz. Consols 106, Italien. 5 Proz. Rente 93 1/2, Lombarden 8 1/2, Aproz. 1889 Russen II. Serie 97 1/2, konv. Türken 21 1/2, österr. Silber 82,00 österr. Goldrente 97, Aproz. ungar. Goldrente 96, Aproz. Spanier 63 1/2, 3 1/2 Proz. Egypter 92 1/2, Aproz. ungar. Egypter 98 1/2, Aproz. gar. Egypter —, 4 1/2 Proz. Tribut-Anl. 96, 6 Proz. Mexikaner 80 1/2, Ottomankont 13 1/2, Suezkanal —, Canada Pacific 92 1/2, Dr. Weiss neue 17 1/2, Pfandb. 2 1/2.

Petersburg, 28. Nov. Wechsel auf London 101,10, Russ. II. Orientanl. 103 1/2, do. III. Orientanl. 105 1/2, do. Bank für ausm. Handel 287, Petersburger Diskontobank 480,00, Warchauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 456 1/2, Russ. 4 1/2 Proz. Boden-kreditpfandbriefe 159 1/2, Gr. Russ. Eisenbahn 256 1/2, Russ. Südwestbahn-Aktien 115.

Wien, 28. Nov. Montanwerthe und Tabakaktien schwach, sonst referirt bei behaupteten Kursen.

Deherr. 4 1/2 Proz. Papierre. 98,10, do. 5proz. 100,50, do. Silber. 97,75, do. Goldrente 115,50, Aproz. ung. Goldrente 113,70 5proz. do. Papierre. 100,45, Bankrenten 225,75, österr. Kreditakt. 317,25, ungar. Kreditaktien 363,75, Wien. St.-B. 114,60, Elbethalbahn 229,50, Galizier 216,75, Lemberg-Cernowit 246,00, Lombarden 93,50, Nordwestbahn 212,25, Tabakakt. 169,75, Napoleons 9,55 1/2, Markt-noten 58,87 1/2, Russ. Banknoten 1,17 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. garliche Anleihe 108,25.

Produkten-Kurze.

Köln, 28. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,25, do. fremder loco 17,00, p. November 16,10, per März 16,55. — Roggen hiesiger loco 15,75, fremder loco 16,75, per Novbr. 14,90, per März 14,35. Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, —. Haßel loco 56,00 per Nov. —, —, per Mai 53,50. — Weiter: Bedeckt.

Bremen, 28. November. (Börsen-Schlußbericht.) Markirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbrä.) Fast vollfrei. Fest. 3-to 5,55.

Schmalz. Ruhig. Schafer — Pf., Wilcox 49 Pf., Choice Groceries schwimmend, 50 Pf., Armour 51 Pf. Rohe u. Brother (pure) schwimmend, 50 Pf., Fairbanks — Pf.

Sped. Ruhig. Nov.-Abladung 43 Gr., Dez.-Januar-Abladung eodr clear middl. 41 Gr., lang clear middl. 40 Gr. Wolle. Umsatz 195 Ballen.

Bremen, 28. Nov. (Kurse des Effecten- und Markt-Bereins) 5proz. Nordb. Staatsbahn 106 Gd.

lacher voll $\frac{1}{4}$ sh. höher. Gerste geschäftlos. Hafer Tendenz zu Gunsten der Käufer. Für angekommene Weizenladungen Käufer zurückhaltend. Von schwimmendem Getreide Weizen ruhig, stetiger. Gerste ruhig aber stetig, Weizen fest, ruhig. — Wetter: Milde.

Fonds- und Aktien-Börse.

zu dem gewöhnlichen Preis Deckungslust und die Preise zogen sich 1 Mk. an. Roggenmehl still bei etwas feisteren Preisen. Rüböl etwas feister. Spiritus bei stillem Geschäft wenig verändert, die Zufuhr in der mit dem 19. November

zu dem gewöhnlichen Preis Deckungslust und die Preise zogen sich 1 Mk. an. Roggenmehl still bei etwas feisteren Preisen. Rüböl etwas feister. Spiritus bei stillem Geschäft wenig verändert, die Zufuhr in der mit dem 19. November

Feine Marken über Rottiz bezahlt.
 Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,5—16,75 bez., do. feine Marken
 Nr. 0 u. 1 18,5—17,5 bez., Nr. 0 1,5 Mk. höher als Nr. 0 u.
 1 pr. 100 Kilogr. br. inkl. Sad.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder u. Co. (A. Köstel) in Bielefeld.